

KREISNACHRICHTEN

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
- KREISVERBAND CALW -

Herausgeber: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

40% plus

**Eintrittswelle auch
in unserem Kreisver-
band!**



Grüne im Kreis Calw sind absolute Spitze in BW!

Neue Mitglieder, neue Ideen – Interview mit Lena Abdi und Anke Much

Bündnis 90/ die Grünen erhält gerade bundesweit einen ordentlichen Zuwachs. Plus 40 % Parteimitglieder kann der Grüne Kreisverband Calw allein im Jahr 2024 verzeichnen und ist im Vergleich der Baden-Württemberger Grünen damit Spitzenreiter! Die Kreisverbandssprecherinnen Lena Abdi und Anke Much sind stolz auf die vielen neuen Mitglieder. Viele haben bereits aktiv beim Wahlkampf geholfen, einige tragen sogar bereits Verantwortung in Kreis- und Ortsvorstand und in vielen Orten sind aus Einzelkämpfern durch die neuen Grünen aktive Gruppen entstanden. Das bereichert den Kreisverband enorm und verbreitert den Aktionsradius.

Was hat sich durch die vielen neuen Mitglieder verändert?

Anke Much: "Noch gar nicht lange her, da reichten die Möglichkeiten des Kreisverband gerade aus, sich bei den Kommunalwahlen um die Wahlversammlung, die Flyer und Plakate zu kümmern. Die Ressourcen waren knapp, sodass wir uns bis zur nächsten Kommunalwahl oft weniger intensiv austauschen konnten. Dann waren wir froh, wenn alles weitere vor Ort selbst geregelt wurde."

Lena Abdi: „Durch das Wachstum der Mitgliederzahl können wir nun andere

**Wir sind eine progressi-
ve Partei und Weiter-
entwicklung gehört zu
unserem Standart-
Modus.**

Inhalt

- ⇒ Finanznot der Gemeinden
- ⇒ Haushaltsrede Bad Liebenzell
- ⇒ Staatsreform
- ⇒ Energy Sharing
- ⇒ Ausgezehrt und müde ...
- ⇒ Die leise Revolution des Lebens
- ⇒ Nochmal Atomkraft
- ⇒ Viele Neumitglieder im KV Calw



Natürlich ist die Finanznot der Gemeinden Wasser auf die Mühlen der rechtsradikalen AfD.

Maßnahmen gegen die Misere können gar nicht groß genug gedacht werden. Denn „so geht es nicht weiter!“.

Ein progressiver und erfolgreicher Kreisverband!

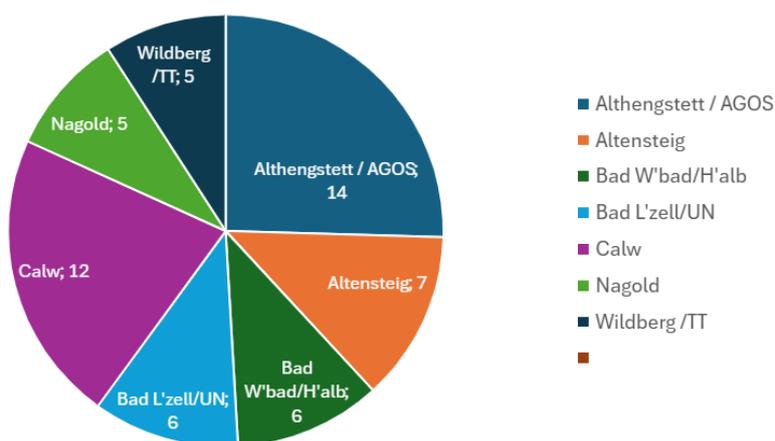
Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: **Nr. 06 / 25**

Funktionen stärker in den Fokus rücken, zum Beispiel die Unterstützung der Gemeinderät*innen, lokale Aktionen für den Klimaschutz oder die bessere Vernetzung innerhalb des Kreisverbandes."

Das bedeutet eine Weiterentwicklung der Kreisverbandsarbeit. Wie sieht diese konkret aus?

Anke Much: "Wir freuen uns sehr darauf, demnächst aktive Mitglieder bei der Gründung neuer Ortsverbände zu unterstützen.

Neue Mitglieder KV Calw



Alle neuen Grünen Mitglieder sollen im Kreisverband und vor Ort die Möglichkeit zum Mitmachen bekommen. Unsere langjährigen Mitglieder haben großartige Arbeit geleistet - teilweise als einzige Grüne an ihrem Ort. Jetzt können die neuen Mitglieder ihnen sprichwörtlich 'Wind unter die Flügel' geben."

Gibt es dabei auch Herausforderungen?

Anke Much: "Klar knirscht es auch mal, wenn sehr langjährige Grüne und neue Ideen und Konzepte nicht gleich harmonieren. Aber wir sind eine progressive Partei und Weiterentwicklung gehört zu unserem Standard-Modus. Deshalb werden neue Strukturen, die auf das deutliche Wachstum unseres Kreisverbands eingehen, ganz überwiegend als Verbesserung gesehen. Wir Kreisverbandsprecherinnen werben für gegenseitiges Verständnis, damit alle gut

zusammenarbeiten können. Außerdem versuchen wir sinnvolle Strukturen und Angebote für einen guten internen Diskurs zu schaffen."

Lena Abdi: „Dafür gibt es auch schon einige Möglichkeiten. Auf Ortsverbandsebene haben sich in manchen Gemeinden schon grüne Tische für den Austausch etabliert. Über die Ortsverbände hinweg gibt es auch die Kaffee-Treffen der Grünen Alten und in regelmäßigen Abständen findet KommunalConnect mit unserem Kommunalpolitischen Sprecher Joe

Schwarz statt, wo wir uns zu spannenden Themen austauschen können. Das stärkt die Gemeinschaft und den internen Diskurs“

Was sind die zentralen Aufgaben für die Zukunft des Kreisverbandes?

Lena Abdi: "Ein zentraler Punkt ist die Förderung neuer Ortsverbände und damit der grünen Arbeit und Gemeinschaft unmittelbar vor Ort. Wir möchten interessierte Mitglieder mit Informationen unterstützen und den Austausch mit dem Kreisverband stärken.

Gleichzeitig brauchen wir eine Kultur des Vertrauens und der Offenheit. Jede:r von uns ist mit seinem oder ihrem Beitrag wertvoll und wir betrachten den kritischen Diskurs als fruchtbares Werkzeug. Hier finden wir einen Konsens, den alle mittragen können: So leben wir Demokratie vor Ort. Der Kreisverband hat hier eine lenkende Funktion.

Haben sich die Interessen der Neumitglieder im Vergleich zu früher verändert?

Anke Much: "Ja, während früher vor allem Umweltschutz im Fokus stand, haben Neumitglieder heute auch ein starkes Interesse am Schutz der Demokratie. Wir Grüne werden als Partei wahrgenommen, die unverändert und ganz klar für Klima- und Demokratie-Schutz steht. Vor allem diese beiden Themen sind unseren Neumitgliedern wichtig und zusammen kann die Arbeit im Kreisverband Calw in diesen Bereichen noch aktiver und effektiver werden! "



Kultur-Remise in Unterlengenhardt: ein Ort der Begegnung

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Kulturstaatssekretär Arne Braun besucht Kulturremise auf dem Ulmenhof



Vergangene Woche hatten wir die große Freude, Kulturstaatssekretär Arne Braun auf dem Ulmenhof in Bad Liebenzell-Unterlengenhardt begrüßen zu dürfen.

Der Ulmenhof ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie durch Engagement und Kreativität im ländlichen Raum neue Kultur- und Begegnungsorte entstehen können.

Die Kulturremise auf dem Ulmenhof entstand während der Corona-Pandemie: Aus einer alten Hofscheune wurde ein lebendiger Raum für Kulturveranstaltungen, Begegnung und Austausch geschaffen. Ziel der Betreiber war es, das kulturelle Leben in der Region zu bereichern und einen Ort zu schaffen, an dem Menschen zusammenkommen können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Hintergrund.

Das Projekt wurde, ebenso wie die Kulturapotheke in Calw, über das Landesprogramm „FreiRäume – Orte der Begegnung über Kunst und Kultur im ländlichen Raum“ gefördert. Im Falle der Kulturremise Unterlengenhardt wurden 39.285€ Fördersumme

beantragt. Diese Förderung zeigt, wie wichtig es der grün geführten Landesregierung ist, Kultur auch abseits der großen Städte sichtbar und erlebbar zu machen.

Dritte Orte sind unverzichtbar!

In seiner Ansprache hob Arne Braun die **Bedeutung sogenannter „Dritter Orte“** hervor – Plätze, an denen Menschen außerhalb von zuhause und Arbeit miteinander ins Gespräch kommen können. Solche Orte seien unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine stabile Demo-

kratie. Gerade in ländlichen Regionen stiften sie Gemeinschaft, ermöglichen Austausch und stärken das Vertrauen in die Gesellschaft.

Besonders beeindruckt zeigte sich Arne Braun vom hochkarätigen Programm der Kulturremise: Musikerinnen und Musiker, die in Stuttgart oder anderen Städten Tickets zu deutlich höheren Preisen verkaufen würden, treten hier in familiärer Atmosphäre zu erschwinglichen Preisen auf. Das Konzept der Betreiber: **Kultur muss für alle zugänglich bleiben – unabhängig vom Geldbeutel.** Wir freuen uns sehr, dass Projekte wie die Kulturremise zeigen, wie lebendig, kreativ und demokratiestärkend Kulturarbeit im ländlichen Raum sein kann.

Als Grüne im Kreis Calw setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass solche Orte Unterstützung erhalten – denn sie sind der Herzschlag einer offenen, vielfältigen Gesellschaft.



Bad Liebenzell

Leider wieder ohne Klimaschutzmanager!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Haushaltsrede

Sebastian Lustnauer

Gemeinderat Bad Liebenzell:



Sehr geehrter Herr stellvertretender Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

in Vertretung meines Kollegen Dietmar Lehmann-Schaukelberger, der heute krankheitsbedingt leider nicht an der Sitzung teilnehmen kann, möchte ich für unsere Fraktion An-

merkungen zum vorgelegten Haushalt 2025 machen.

Dabei möchte ich zunächst über einen Punkt sprechen, der mir bedeutsamer als die Größe einzelner Haushaltsposten erscheint. **Als neues Mitglied war ich irritiert über die konfliktvolle Atmosphäre hier im Gemeinderat.** Diese anhaltenden Spannungen und Konflikte sind neben dem Ruf als hochverschuldete Gemeinde ein **unbestreitbarer Standortnachteil** für Bad Liebenzell. Weit über die Stadtgrenzen hinaus ist die konfliktbeladene Atmosphäre im Gemeinderat bekannt. Wie mir zugetragen wurde, schreckte den einen oder anderen Gewerbetreibenden diese Atmosphäre von einer Ansiedlung nach Bad Liebenzell ab. Es muss doch allen klar sein: ein zerstrittener Gemeinderat und eine unkooperative, konfliktbeladene Beziehung zwischen Gemeinderat und Verwaltung mit regelmäßigen Dienstaufsichtsbeschwerden sind eine absolute **Negativwerbung** für unsere Stadt. Und sie haben damit auch direkte Auswirkungen, auf die finanzielle Ausstattung der Stadt und auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen stimmt dem hier vorgelegten Haushaltsentwurf trotz der hohen Verschuldung und trotz der schwerwiegenden Einschnitte zu.

Es ist klar, dass alle Gemeinderäte und die Verwaltung angesichts der prekären Haushaltslage von einem unlösbaren Dilemma in das nächste stolpern müssen. Dass es dabei unterschiedliche Auffassungen gibt, welche Maßnahmen und Ausgaben unabdingbar sind oder aber gestrichen werden können, war zu erwarten.

Daher ist auch unsere Fraktion sehr einverstanden mit der Einrichtung des Konsolidierungsausschusses, verbunden mit einer vernünftigen Aufgabekritik.

Der Betrieb des Freibades ebenso wie die Stadtbücherei sind mit diesem Haushalt gesichert. Ebenso die notwendige Ausstattung der Feuerwehren, der Schulen und Kindergärten. Die Förderung der Vereine wie auch der Betrieb des Bürger-Rufautos wird ermöglicht.

Andererseits bedauern wir natürlich den Verlust des Klimamanagers durch die Kündigung von Herrn Mehmood und die Sperrung einer Neubesetzung. Seine Arbeit war wichtig, hat zu Einsparungen geführt, ist aber leider nicht angemessen hier im Gemeinderat gewürdigt worden. Sein von ihm erstellter Klimaschutzplan ist der wichtige Fahrplan für die Klimaschutzmaßnahmen hier in der Stadt. Nun kommt es darauf an, dass die einzelnen Maßnahmen Schritt für Schritt auch angegangen und umgesetzt werden.

Der Runde Tisch Nachhaltiges Bad Liebenzell wird versuchen, die Umsetzung einzufordern und wo es möglich ist zu unterstützen. Dass die Steuerung der Maßnahmen nun allein auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bauamts übertragen werden sollen, bedeutet absehbar für diese eine Überforderung. Es ist zu befürchten, dass die Maßnahmen daher nicht angegangen werden. Gleiches gilt für die kommunale Wärmeplanung. Hierfür wurden ja bereits Gelder bewilligt und es ist mir völlig unklar, wer für ein ja noch zu engagierendes Ingenieurbüro die Zuarbeiten übernehmen kann. Ohne diese Zuarbeiten wird sich kein Ingenieurbüro an der Wärmeplanung beteiligen können.

Damit wären wir denkbar schlecht auf die rechtlichen Vorgaben des Gesetzgebers vorbereitet. Auch wenn das hier im Gemeinderat nicht alle anerkennen wollen: der Klimawandel kommt und ist bereits erkennbar. Die törichte Leugnung dieser Tatsache ist nichts anderes als den Kopf in den Sand zu stecken.

Wie in den vergangenen Jahren wird nun wieder Haushaltsdisziplin verlangt. So als ob die nicht längst überall praktiziert wurde und wird. Wir merken doch, dass an jeder Stelle z.B. die Personalausstattung auf Kante genäht ist.

Daher sind wir ausdrücklich gegen eine unüberlegte Stellenreduzierung, wie sie von einigen Gemeinderäten gefordert wird. Es wäre sicher sinnvoll, zur Frage der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch einmal eine Rückmeldung der Personalvertretung hier im Gemeinderat zu erhalten.



 BAD LIEBENZELL

Landtagskandidat Fynn Rubehn

Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Permanent die Arbeit und Arbeitsweise der Mitarbeiter zu hinterfragen und sie mit unnötigen zusätzlichen Aufgaben zu überhäufen, ist kein Weg für eine zielführende Zusammenarbeit. Bei aller Notwendigkeit der Kontrollaufgabe des Gemeinderats: Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verdienen letztlich auch einen Vertrauensvorschuss!

Daher gilt an dieser Stelle unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt.

Wir sind abschließend strikt dagegen, dass aufgrund der unzureichenden Ressourcenausstattung der Kommunen durch Bund und Land die Möglichkeiten einer Kommune immer weiter beschnitten werden. Das kann nicht die Lösung sein. Wir müssen uns daher alle, Wähler wie Funktionsträger für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen einsetzen, anstatt die unterschiedlichen Interessen- und Bevölkerungsgruppen weiter gegeneinander auszuspielen.

Das Problem der kommunalen Überschuldung kann nicht von den Kommunen alleine und durch immer weitere Einschnitte gelöst werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sebastian Lustnauer

Zitat:

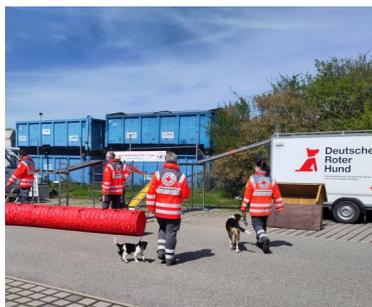
„Warum 100 Milliarden Euro den Städten nicht reichen!“

Die zwölfstellige Summe sollen Länder und Kommunen aus dem Infrastrukturfonds des Bundes erhalten. Doch in den Staatskanzleien und Rathäusern knallen keine Sektkorken, es herrscht vielmehr Skepsis: Was kommt unten überhaupt an?“ aus einem [Bericht der Süddeutschen Zeitung](#)



Sebastian Kopp, stellvertretender Bürgermeister von Bad Liebenzell, steht im Kurpark seiner hoch verschuldeten Stadt.

Kürzlich fand in Calw der „Tag der helfenden Hände“ – der Blaulichttag – statt.



Auch wir vom Grünen Kreisverband Calw waren vor Ort und durften einen beeindruckenden Einblick in die wertvolle Arbeit der Blaulichtorganisationen gewinnen. Vertreten waren das Deutsche Rote Kreuz (auch mit seiner Rettungshundestaffel), das Technische Hilfswerk (THW), die Polizei Baden-Württemberg und die Bergwacht Schwarzwald.

„Mehr als ein Hobby – Ehrenamt braucht Rückhalt“

Wenn es brennt, wenn jemand Hilfe braucht, wenn es keinen anderen mehr gibt – **dann sind Ehrenamtliche zur Stelle.** Ob Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz oder Tafel Ausgabe: Ohne sie würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren.

Für den grünen Landtagskandidaten **Fynn Rubehn** ist deshalb klar: „Ehrenamt ist kein Lückenfüller. Es ist die tragende Säule unserer Zivilgesellschaft. Und diese Säule bröckelt.“ Er fordert Rückdeckung für das Ehrenamt:

- **Gesetzliche Freistellungsregelungen** für Katastrophenfälle und Einsätze – analog zu hauptamtlichen Kräften
- **Rechtssicherheit und Versicherungsschutz** für alle Einsatzformen
- **Bürokratieabbau** für kleine Vereine und Initiativen

Ausbau der Ehrenamtskarte mit echten Vorteilen (z.B. ÖPNV, Fortbildungen, Rabatte) Rubehn betont: „Dankbarkeit darf nicht beim Schulterklopfen aufhören. Wer sich engagiert, muss spüren: Der Staat steht hinter mir.“

Jugendarbeit und Engagement stärken

Immer weniger Menschen engagieren sich regelmäßig – Nachfolger fehlen, Strukturen bröckeln. Deshalb will Rubehn:

- **Jugendarbeit gezielt fördern**, etwa durch Zuschüsse, Ausbilderprogramme und Freizeiten – denn wer sich früh engagiert, bleibt oft langfristig dabei.
- **Ehrenamtsnetzwerke stärken** – zum Austausch, zur Weiterbildung, zur Unterstützung

JA!

Calwer Gemeinderat stimmt pro Windkraft

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Grüner Ortsverband Calw



Wir begrüßen die Entscheidung des Gemeinderats, Windkraftprojekte in unserer Region voranzubringen. Für Klima und Wirtschaft.

Grüner OV Calw



Der Ortsverband Calw von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Entscheidung des Gemeinderats, Windkraftprojekte in unserer Region voranzubringen. Für uns ist klar: Die Energiewende ist ein zentraler Baustein für wirksamen Klimaschutz und damit auch für

den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Ausbau der Windenergie ist jedoch nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine wirtschaftliche Chance für unsere Stadt. Durch eine Beteiligung an den Projekten könnten finanzielle Vorteile für unseren Haushalt generiert werden – Gelder, die wir dringend für die soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung Calws benötigen. Wird die Stadt Calw dagegen nicht aktiv, können Windkraftanlagen auf den Flächen von ForstBW dennoch realisiert werden – nur ohne Beteiligung und Gewinn für die Stadt.

Wir nehmen die Verantwortung gegenüber dem Artenschutz sehr ernst. Naturschutz und Energiewende dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – vielmehr müssen sie Hand in Hand gehen. Moderne Planungsverfahren sorgen dafür, dass der Schutz sensibler Arten und Lebensräume in den Genehmigungsprozessen umfassend berücksichtigt wird. Durch den gezielten Ausbau erneuerbarer Energien können wir langfristig den Klimawandel und seine dramatischen Auswirkungen auf Flora und Fauna abmildern. Hier empfiehlt sich für eine ausführlichere und differenzierte Erläuterung die Informationen des BUND, nachzulesen unter <https://www.bund.net/energiewende/erneuerbare-energien/windenergie/>

Klimaschutz ist Artenschutz. Und Windkraft vor Ort ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Wir Grünen stehen für eine verantwortungsvolle Energiewende, die sowohl Umwelt als auch die Zukunft unserer Stadt im Blick behält.

Stadtradeln 2025
sammelt Kilometer für
Radverkehr, Klimaschutz
und Lebensqualität im Kreis Calw



Start:
Montag
30.06.

Komm ins Team Grüne Kreis Calw!

Aufruf zum Stadtradeln:

Mach mit beim Stadtradeln 2025 im Team der Grünen Kreis Calw!

Ob Alltagsradler*in oder Sonntagsfahrer*in – jeder Kilometer zählt!

Vom 30.06. bis 20.07. treten wir gemeinsam für Klimaschutz, bessere Radinfrastruktur und eine nachhaltige Mobilität in die Pedale.

Schließ dich unserem Team "Grüne Kreis Calw" an unter:

https://www.stadtradeln.de/index.php?id=171&L=0&team_preselect=20036

Gemeinsam zeigen wir, dass klimafreundliche Mobilität Spaß macht und setzen uns ein für die Verbesserung der Rad-Infrastruktur im Kreis!



Staatsreform

Noch dringender, als man denkt!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: **Nr. 06 / 25**

Noch während des Wahlkampfes hat diese Initiative sehr von sich reden gemacht.

Ein handlungsfähiger Staat – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Welt ist eine andere geworden, nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine. Die Umbrüche sind gewaltig – im Äußeren wie im Innern. Sie ergreifen fast alle Bereiche der Gesellschaft und fordern unser Land fundamental heraus. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates schwindet, und damit schwindet auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. Dieses Vertrauen müssen wir zurückgewinnen. Dafür sind tiefgreifende Reformen notwendig.

Mit diesem Zwischenbericht möchten wir vier Autoren dazu beitragen, Blockaden und Selbstblockaden staatlichen Handelns aufzulösen. Im Sommer 2024 haben wir die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ gegründet. Sie wird von den Stiftungen Hertie, Mercator, Thyssen und Zeit Bucerius unterstützt. Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier hat die Schirmherrschaft übernommen. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl präsentieren wir bereits jetzt einen Zwischenbericht. Warum?

Weil der Handlungsdruck weiter gewachsen ist und einige Maßnahmen keinen Aufschub dulden. Weil zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Weichen neu gestellt werden. Wir erheben für unsere Reformvorschläge keinen Anspruch auf Vollständigkeit und auch keine alleinige Urheberschaft. Viele Monate haben wir mit rund 50 Expertinnen und Experten in sieben Arbeitsgruppen darüber debattiert, wie sich unser Gemeinwesen modernisieren lässt. Die Teilnehmenden sind unterschiedlichen Geschlechts und Alters, sie kommen aus allen Bereichen der Gesellschaft und aus allen Teilen Deutschlands. Es sind Bürgermeister und eine Schulleiterin dabei, Unternehmerinnen und Verwaltungsprofis, Wissenschaftler und IT-Expertinnen.



Wer wir sind und was wir wollen	Seite 4
Die Empfehlungen auf einen Blick	Seite 8
Ausgangslage	Seite 10
Die Empfehlungen im Einzelnen	
Gesetzgebung	Seite 14
Föderalismus	Seite 20
Digitaler Staat & Verwaltung	Seite 26
Sicherheit	Seite 32
Sicherheit & Migration	Seite 38
Wettbewerbsfähigkeit	Seite 44
Datenschutz	Seite 50
Klima	Seite 54
Soziales	Seite 58
Bildung	Seite 64
Prinzipien	Seite 70
Wie soll es weiter gehen?	Seite 78
Die vier Initiatoren	Seite 80
Die vier Stiftungen	Seite 82
Die Mitglieder der Arbeitsgruppen	Seite 84

[**>> Der Link zum kompletten Zwischenbericht**](#)



BBEn Bündnis Bürgerenergie eV

Energy Sharing

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: **Nr. 06 / 25**

Gemeinsam geht's besser!

Viele PV-BesitzerInnen kennen den Ärger: für das Überschusseinspeisen gibt es wenig Geld von der EnBW. Neue Anlagen bekommen 7,94 Cent pro kWh! Dabei gäbe es genug Nachbarn am Ort, die das Doppelte zahlen würden, wenn sie meinen PV-Strom bekommen könnten.

ABER: Bislang geht das nicht. Das lokale Stromnetz steht nicht zur Verteilung von lokalem PV-Strom zur Verfügung. Immer noch nicht, müsste es heißen. Denn die EU verlangt von ihren Mitglieder schon seit Jahren, dass hierfür Regelungen geschaffen werden. In Österreich, in Frankreich und anderen Ländern wurden diese Regelungen geschaffen – und gerade Österreich macht in diesem Punkt gut von sich reden. Das „energy sharing“ verbreitet sich dort immer mehr und hochmoderne Verteil- und Abrechnungssoftware ist vorhanden.

Das Bündnis Bürgerenergie e.V. schreibt uns hierzu:

Zahlreiche Bürgerenergiegemeinschaften erzeugen in Deutschland gemeinschaftlich Strom. Bürokratische Hindernisse erschweren ihnen jedoch massiv, diesen auch gemeinsam zu verbrauchen oder überschüssigen Strom von der eigenen Solar- oder Windanlage anderen Verbraucher*innen zu verkaufen. Die Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie (EMD), die im Mai 2024 vom Europäischen Rat beschlossen wurde, hat zentrale Aspekte des Energy Sharing genauer bestimmt und erkennt die Rolle von Bürgerenergiegesellschaften darin ausdrücklich an. In Deutschland ist jedoch hinsichtlich der Umsetzung des Energy Sharings noch nichts passiert, obwohl die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU (RED II) dies bereits seit 2019 vorsieht. In ihrem gemeinsamen Positionspapier „Energy Sharing für die Bürgerenergie“ machen das Bündnis Bürgerenergie e.V. (BBEn) und die Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften beim DGRV - Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. deshalb an die neue Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie angepasste

Vorschläge für die Umsetzung des Energy Sharings in Deutschland.

Positionspapier: Energy Sharing für die Bürgerenergie



Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Teilversorgungsmodell, das eine wichtige Neuerung in der EMD darstellt. Teilversorgung bedeutet, dass Anlagenbetreiber*innen keine über die von ihnen erzeugten Strommengen hinausgehenden Lieferantenpflichten erfüllen müssen. Damit wird eine bislang entscheidende Hürde für Energy Sharing aus dem Weg geräumt. Doch weil Strommengen zwischen

mehreren Akteur*innen abgerechnet werden müssen, entstehen dadurch neue Anforderungen.

Neben der Teilversorgung werden auch weitere Aspekte des Energy Sharings definiert. Das BBEn und der DGRV schlagen vor, die regionale Beschränkung für die Teilnahme am Energy Sharing auf einen Umkreis von 50 Kilometern festzulegen. Um die Wirtschaftlichkeit zu sichern, fordern BBEn und DGRV eine Prämie in Höhe von 2,0 ct/kWh. Zudem sollen für kleinere Anlagen die Lieferantenverpflichtungen entfallen: für Einzelhaushalte bis 30 kW und für Mehrparteiengebäude, also Mehrfamilienhäuser, Gewerbeblocks, öffentliche Gebäude, bis 100 kW.

„Energy Sharing wird die Bürgerenergie und die Energiewende insgesamt voranbringen: Es sorgt für Akzeptanz und beteiligt die Bürger*innen an der Energiewende. Außerdem bleiben mehr von den erwirtschafteten Gewinnen in der Region und werden vor Ort gerechter verteilt. Dezentrale Stromproduktion und -verbrauch entlasten die Netze und fügen sich perfekt in ein dezentrales, erneuerbares Energiesystem ein. Energy Sharing muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden, die Möglichkeit hatte die Bundesregierung dazu schon lange. Sie muss nun endlich den gesetzlichen Rahmen schaffen, damit gemeinsam erzeugter Strom selbst genutzt oder überschüssiger Strom anderen Verbraucher*innen verkauft werden kann“, fordert Malte Zieher, Vorstand des [Bündnisses Bürgerenergie e.V. \(BBEn\)](#). << link zum gesamten Papier.



Philosophenweg

Gedanken und Fundstücke von Albrecht Martin

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Ausgezehrt und mürbe ...

Vorpolitische moralische Grundlagen einer freiheitlichen Staates



Robert Habeck sprach in seiner letzten Rede vor dem Bundestag davon, dass er sich wie der Staats- und Verwaltungsrechtler Böckenförde Sorgen um unsere Gesellschaft mache. Was meint er damit?

Die berühmt gewordene These von Böckenförde lautet:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“.

2004 kam es zu einer denkwürdigen Begegnung zwischen dem Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas und Kardinal Joseph Ratzinger. Als Thema des Dialogs war abgesprochen: „Vorpolitische moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates.“ Es ging also um die These von Böckenförde.

In seinem Beitrag macht sich Habermas schon damals große Sorgen und fragt sich, was passiert **Wenn das soziale Band reißt...!**

„Eine entgleisende Modernisierung der Gesellschaft im ganzen könnte sehr wohl das demokratische Band mürbe machen und die Art von Solidarität auszehren, auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist. Dann würde genau jene Konstellation eintreten, die Böckenförde im Auge hat: die Verwandlung der Bürger wohlhabender und friedlicher liberaler Gesellschaften in vereinzelte, selbstinteressiert handelnde Monaden, die ihre subjektive Rechte nur noch wie Waffen gegeneinander richten. Evidenzen für ein solches Abbröckeln der staatsbürgerlichen Solidarität zeigen sich im größeren Zusammenhang einer politisch unbeherrschten Dynamik von Weltwirtschaft und Weltgesellschaft.

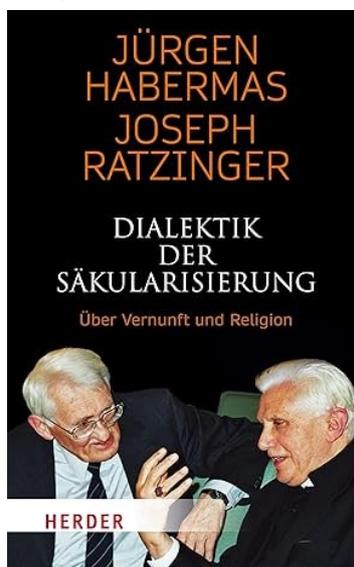
Märkte, die ja nicht wie staatliche Verwaltungen demokratisiert werden können, übernehmen zunehmend Steuerungsfunktionen in Lebensbereichen, die bisher normativ, also entweder politisch oder über vorpolitische Formen der Kommunikation zusammengehalten worden sind.

... Verstärkt wird der staatsbürgerliche Privatismus durch den entmutigenden Funktionsverlust einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung ...

... Angesichts der Konflikte und der schreienden sozialen Ungerechtigkeiten einer in hohem Maße fragmentierten Weltgesellschaft wächst die Enttäuschung mit jedem weiteren Fehlschlag auf dem (nach 1945 zunächst eingeschlagenen) Wege einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts.“ (S. 26)

Joseph Ratzinger erscheint in diesem Gespräch mit seiner Sicht von Gott, Mensch und Welt als die Personalisierung des katholischen Glaubens.

Als Thema des Dialogs war abgesprochen: „Vorpolitische moralische Grundlagen einer freiheitlichen Staates.“



„**Was die Welt zusammenhält**“ hatte Kardinal Ratzinger über seinen Text gesetzt.

Einleitend schreibt er:

„In der Beschleunigung des Tempos der geschichtlichen Entwicklung, in der wir stehen, treten, wie mir scheint, vor allem zwei Faktoren als Kennzeichen einer vor dem nur langsam anlaufenden Entwicklung hervor: Da ist zum einen die Ausbildung einer Weltgesellschaft, in der die einzelnen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mächte immer mehr gegenseitig aufeinander angewiesen sind und in ihren verschiedenen Lebensräumen sich gegenseitig berühren und durchdringen.

Das andere ist die Entwicklung von Möglichkeiten des Menschen, von Macht des Machens und Zerstörens, die weit über alles bisher Gewohnte hinaus die Frage nach der rechtlichen und sittlichen Kontrolle der Macht aufwerfen.

So ist die Frage von hoher Dringlichkeit, wie die sich begegnenden Kulturen ethische Grundlagen finden können, die ihr Miteinander auf den rechten Weg führen und eine gemeinsame rechtliche verantwortete Gestalt der Bündigung und Ordnung der Macht aufbauen können.“



Philosophenweg

Gedanken und Fundstücke von Albrecht Martin

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 06 / 25

Nur noch sehr große Fragen:

Inzwischen häufen sich Fragen auf Fragen, große Fragen. Von Albrecht Martin

- ⇒ Sollen wir Deutschland uns wieder kriegstüchtig machen und dafür aufrüsten und dafür unendlich viel Geld bereitstellen: **What ever it takes?** (Fr. Merz) Oder wäre konsequenter Pazifismus eine Option?
- ⇒ Ist es dabei egal, dass wir dieses viele Geld dringend bräuchten, um unsere Gemeinden zu entschulden (siehe Leitartikel) und einen guten, sozial vorsorgenden Staat möglich zu machen?
- ⇒ Wann diskutieren wir darüber, ob unsere freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht ein Opfer des **Neoliberalismus** geworden ist? Beherrschen wir dieses Thema? Die Superreichen haben sich schon längst aus der Finanzierung des Gemeinwesens verabschiedet und die Zahl der Multi-Milliardäre wächst stetig. Wann kommt die Vermögenssteuer? Wann eine Reform der Erbschaftssteuer? Wann die Gemeinwohl-Ökonomie?
- ⇒ **Die AfD ist amtlich rechtsradikal.** Was tun? Verboten? Berufsverbot für Mitglieder im öffentlichen Dienst? Würde unsere Gesellschaft die daraus folgenden (gewalttätigen?) Auseinandersetzungen aushalten? Haben wir genug gelernt aus dem Niedergang der WEIMARER Republik?
- ⇒ Jedes Gramm CO² befeuert den Klimawandel. Dennoch scheinen die Rechtsradikal-Wähler davon nichts wissen zu wollen. Selbst in der politischen „Mitte“ von CDU/CSU wird der Verbrenner-Motor gelobt und soll länger als 2035 erlaubt sein. Wem nutzt das? „Sonst würden die Bürgerinnen und Bürger überfordert“ – heißt es!
- ⇒ Das egoistische, anthropozentrische Weltbild scheidet vor unseren Augen. Gleichzeitig versagen sowohl die Kirchen, als auch die Parteien und der Staat drin, den Menschen ein über den Materialismus hinaus führendes Weltbild zu vermitteln. Hat Hollywood gewonnen, oder wie nutzen wir die verbliebenen Chancen, die Lage zu ändern?

Die Parteien stellen nicht nur das Personal für die Gremien unserer demokratisch verfassten Demokratie, sondern haben auch den Auftrag, der politischen Bildung. Also haben auch wir den Auftrag, in geeigneter öffentlicher Form über die großen Fragen der Zeit zu diskutieren.

[>> bpb](#)

Die leise Revolution des Lebens

Ein Gespräch zwischen Albert Schweitzer und Hans-Peter Dürr (im Auftrag von Albrecht Martin an ChatGPT)

Es ist eine laue Frühlingsnacht. Ein sanfter Wind bewegt das Gras, während die Sterne über dem alten Park funkeln. An einem kleinen Tisch unter einer mächtigen Buche sitzen zwei Männer, versunken in ein Gespräch, das die Zeiten überdauert.



Albert Schweitzer lächelt sanft und spricht mit ruhiger Stimme: **„Wir sind Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.** Doch wie oft vergessen die Menschen dies! Sie beuten die Natur aus, als wäre sie ein seelenloser Besitz, statt sie als Teil ihres

eigenen Wesens zu begreifen.“

Hans-Peter Dürr nickt. „Genau hier liegt das Problem. **Die Menschen haben sich eine Illusion geschaffen, in der sie glauben, getrennt von der Natur zu existieren.** Doch die Wirklichkeit ist eine andere: Alles hängt mit allem zusammen. Unsere Erde ist ein empfindliches System, ein Tanz der Energien und Kräfte. Wer diesen Tanz stört, bringt sich selbst in Gefahr.“

„Und doch,“ fährt Schweitzer fort, „sehen wir, dass die Herrscher dieser Welt oft andere Interessen verfolgen. Sie glauben, die Welt müsse sich ihren Vorstellungen unterordnen, koste es, was es wolle. Wie können wir dem begegnen?“

Dürr lächelt. **„Mit einer leisen Revolution.** Einer, die in den Herzen der Menschen beginnt. Einem Bewusstseinswandel. Wenn wir verstehen, dass wir Teil dieses lebendigen Ganzen sind, dann handeln wir auch anders. Ökologie ist kein Verzicht, sondern eine neue Art des Lebensstils – voller Freude, Sinn und Verbundenheit.“





Nochmal Atomkraft?

Die neue Bundesregierung will das!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 05 / 25

Der Blackout auf der iberischen Halbinsel hat die Diskussion wieder entfacht. Auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung spricht davon: Vielleicht brauchen wir doch wieder „stabile Atomkraft“ (diese netten kleinen Atomkraftwerke (Thorium-Reaktoren), wie sie Bill Gates uns verkaufen will.) Denn angeblich brauchen wir Kraftwerke, welche die Grundlast im Netz garantieren.

Stimmt das?

Warum der Begriff „Grundlast“ überholt ist

Als „Grundlast“ bezeichnete früher die dauerhafte Mindestnachfrage an Strom, die rund um die Uhr gedeckt sein musste – meist durch große, kontinuierlich laufende Kraftwerke wie Kohle oder Atom.

Doch: Das Stromsystem hat sich gewandelt.

Von Grundlast zu Flexibilitätsbedarf

Ein modernes Energiesystem mit hohen Anteilen Erneuerbarer braucht keine starren Dauerläufer, sondern:

- **Flexible Verbraucher** (z.B. Wärmepumpen, E-Autos, Industrieprozesse),
- **Speicherlösungen** (z.B. Batterien, Wasserstoff, Pumpspeicher),
- **Lastmanagement** (also gezielte Steuerung des Verbrauchs).

Der Fokus liegt also nicht mehr auf „immer gleicher Strommenge“, sondern auf Anpassung in Echtzeit.

Netzstabilität durch Intelligenz statt Masse

Früher war viel „rotierende Masse“ (Schwungmasse großer Generatoren) notwendig für Netzstabilität, um 50 Herz Wechselstrom herzustellen. Heute übernehmen das auch leistungsfähige Leistungselektronik, digitale Steuerung, dezentrale Einspeisung – und bald auch KI-gestützte Netze.



Dezentrale Batterie-Speicher und regionale Herstellung von H2 / Wasserstoff als Speicher.

Seit wir uns damit beschäftigen, aus Sonnenschein, also aus Photonen der elektromagnetischen Solarenergie direkt elektrischen Strom oder thermische Wärme zu gewinnen, stehen wir vor folgendem Problem:

Im Sommer haben wir gewaltige Überschüsse, mit denen wir nicht so recht wissen, wohin. Im Winter, wenn die Sonne tiefer steht und weniger Strahlung uns trifft, könnten wir den Überschuss vom Sommer gut gebrauchen. Speziell an den Tagen, wo auch noch wenig Wind bläst. Von CDU/CSU bis zur AfD werden die Freunde der „neuen“ Atomenergie nicht müde von der Dunkelflaute zu reden. Sonnenarme Tage und kaum Wind. Für diese (wenigen) Tage im Jahr, soll die Atomkraft wieder in Betrieb, oder es sollen neue gebaut werden. Natürlich denkt niemand dabei an spaltbares Material, das bei solchen radioaktiven Prozessen abfällt!

Gegen die Dunkelflaute!

Wenn es wirklich darum geht, die Energie aus dem Sommerhalbjahr in energiearme Zeiten zu übertragen, dann eignen sich Langzeit-Batterien für kurze Zeiträume und die regionale Herstellung von **H2 / Wasserstoff**. Der ist ohne GAU-Gefahr gut zu lagern und elegant zurück in Strom zu verwandeln.

[Das Förderprogramm Baden Württemberg: ELY](#)

[unterstützt die Neuerrichtung lokaler Elektrolyseure mit integrierten Konzepten zur Herstellung von erneuerbarem Wasserstoff für die regionale Versorgung.](#)

Ausschreibung: Förderung von Elektrolyseuren (ELY) <<



Herzliche Einladung zur KreisMitgliederVersammlung, KMV

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: **Nr. 05 / 25**



KMV: Tierschutz.

**Tierschutz auf dem Prüfstand –
Anspruch und Wirklichkeit in der
Bundespolitik**



Mit **Dr. Zoe Mayer**
Mitglied des Bundestags und
Sprecherin für Tierschutz

außerdem: Wahlkampfteam,
Vertretungswahl Finanzrat,
Communal Connect und eure Anliegen

im **“Rössle” Calw**

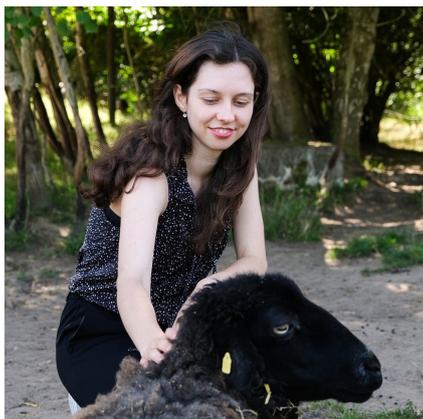
Mittwoch
28.05.25
19 Uhr

Am **Mittwoch, den 28. Mai 2025 um 19 Uhr** laden wir euch herzlich zur nächsten **Kreismitgliederversammlung** im **Gasthof Rössle, Calw** ein.

Ein besonderer Programmpunkt erwartet uns an diesem Abend:

Wir freuen uns sehr, die Bundestagsabgeordnete **Dr. Zoe Mayer** aus Karlsruhe bei uns begrüßen zu dürfen!

Zoe ist nicht nur die tierschutzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, sondern eine leidenschaftliche Verfechterin für mehr Tierwohl und nachhaltige Landwirtschaft.



In ihrem Beitrag mit anschließender Diskussion geht es um das Thema: „Tierschutz auf dem Prüfstand – Anspruch und Wirklichkeit in der Bundespolitik“. Wie steht es um den Tierschutz in Deutschland wirk-

lich? Wo gibt es Fortschritte, wo stockt es – und was muss dringend besser werden? Diese Fragen möchten wir gemeinsam mit euch und Zoe diskutieren. Doch auch zu anderen Themen im Kreis haben wir einiges auf der Tagesordnung:

- ⇒ **Input und Diskussion mit Dr. Zoe Mayer**
- ⇒ **Koordination des Wahlkampfteams zur Landtagswahl**
- ⇒ **Wahl einer Vertretung für den Landesfinanzrat**
- ⇒ **Communal Connect mit Joe Schwarz**
- ⇒ **Raum für eure Anliegen**

Die KMV ist wie immer öffentlich für Mitglieder und interessierte Gäste – kommt vorbei, bringt Fragen, Ideen und Lust auf Austausch mit!

Wir freuen uns auf euch!

Euer Kreisvorstand

- **Joe Schwarz:** Ehemaliger Kreisrat und nun kommunalpolitischer Sprecher.
- **Conny An:** Beisitzerin und Kontaktperson für Bad Liebenzell.
- **Wolfgang Much:** Beisitzer und Kontaktperson für Wildberg.
- **Christoph Ruppert:** Beisitzer und Kontakt für Bad Wildbad.
- **Kai Roy:** Beisitzer und Kontaktperson für Nagold
- **Philipp Jourdan:** Beisitzer und Kontaktperson für Althengstett, AGOS
- **Lina Della Libera:** Pressereferentin / Social Media Arbeit der Grünen im Kreis Calw
- **Hans Sütterlin:** Beisitzer im KV für die Grünen Alten.
- **Reinhard Köcher,** Beisitzer für die Grüne Jugend

Eure Co-Vorsitzende des Kreisvorstandes sind:



Anke Much

Lena Abdi

V.i.S.d.P.: Anke Much
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Calw

www.gruene-kreis-calw.de

kreisgeschaeftsstelle@gruene-kreis-calw.de

